

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

323

Wien, am 17. Dezember 1937.

Wiener Bürgerschaft.

Bericht über die Sitzung vom 17. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft setzte heute in öffentlicher Sitzung die Budgetberatung fort.

Als nächster Redner in der Generaldebatte, die zugleich Spezialdebatte über das Kapitel "Finanzamt" ist, beschäftigt sich Rat Nedomansky mit der Lage des Wiener Hotelgewerbes und verweist darauf, dass Wien als Fremdenverkehrsstadt infolge der Abwertungsmaßnahmen zahlreicher Staaten und des schweren Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen Städten in eine Defensivstellung gedrängt worden sei, die besondere Massnahmen zur Wiederbelebung des Fremdenverkehrs erfordere. Der Redner begrüsst die Erneuerung des Investitionsbegünstigungsgesetzes bezüglich der Fremdenzimmerabgabe, wofür das Hotelgewerbe wie auch alle mit der Hotellerie zusammenhängenden Gewerbe der Stadtverwaltung besonders dankbar sind. Der Redner befasst sich dann ausführlich mit der Fremdenzimmerabgabe.

und kommt dann auf das Vergnügungsleben von Wien zu sprechen. Redner gibt der Meinung Ausdruck, dass das Badner Spielkasino dem Wiener Vergnügungsgewerbe sehr abträglich ist. Ferners gibt er die Anregung, dass zur Zeit der Messe- und Festwochen die Stadt Wien durch allgemeine Beflaggung ein festlicheres Bild zeigen möge, ^{damit} die Fremden sehen, dass sie in Wien herzlich empfangen werden. Die Stadt Wien ist bemüht, dem Fremdenverkehr zu dienen, ich will hier nur die Höhenstrasse und die Wientalstrasse hervorheben. Weiters beschäftigt sich der Redner mit der Ankündigungsabgabe und

ersucht die Finanzverwaltung, die Fremdenzimmerabgabe und die Ankündigungsabgabe einer Prüfung zu unterziehen.

Rat Rauch beschäftigt sich mit der Marktamtskontrolle und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass nicht wegen jeder Lapalie eine Anzeige erstattet werde, die zu einer bezirksgerichtlichen Bestrafung des Angezeigten führt. Er regt an, in solchen Fällen eine schriftliche Verwarnung durch das Marktamtsorgan vornehmen zu lassen, die von der Partei rückbestätigt wird. Zur Familiengründung sei nur eines zu sagen: Wenn man den jungen Leuten keine Mittel gibt, können sie auch keine Familien gründen. Aeltere Beamte erklären, dass ihnen in ihrer Jugend sehr geholfen gewesen wäre, wenn sie nur einen Teil ihres Endgehaltes damals gehabt hätten. (Lebhafte Zustimmung).

Rat Petravic beschäftigt sich mit wirtschaftlichen Problemen, die von allen anderen Problemen zu setzen sind. Träger der Wirtschaft ist das private Unternehmertum. Alle Massnahmen zur Abhilfe der Wirtschaftsnot müssen von diesem Grundgedanken ausgehen. Dazu gehören eine vernünftige Lohnpolitik, Ausschaltung aller Zwangsmassnahmen, die die Unternehmerschaft binden, denn dadurch werde die Sicherheit der Kalkulation untergraben, weiter Unterbindung unlauteren Wettbewerbes und Anerkennung des Leistungsprinzips, sofern es sich nicht zum Nachteil und Schaden der Gesamtheit auswirkt. Hier können Berufsständische Organisationen erzieherisch eingreifen. Betriebsfremde Eingriffe sind auszuschalten, dem Unternehmer dürfe keine Verantwortung aufgelastet werden, auf die er nicht Einfluss zu nehmen vermag und die ihn in seiner weiteren Tätigkeit wesentlich hemmen könnte. Es sei ungerecht, den Unternehmer dafür zu strafen, wenn eine Anzahl seiner Mitarbeiter nicht der Gewerkschaft angehört, wo er gar keine Möglichkeit hat, sie dazu zu verhalten. Das wirtschaftliche Prinzip muss in allen Zweigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

zum Durchbruch kommen, eine Entbürokratisierung in der Verwaltung der Berufsstände ~~muss~~ eintreten. Der Wirtschaft müssten zur Behebung des drückenden Kapitalmangels Betriebskredite zur Verfügung gestellt werden. Die Vergabung öffentlicher Arbeiten durch den Staat und die Stadt soll nicht eine reine geschäftliche Angelegenheit sein, hierbei sind auch volkswirtschaftliche Erwägungen zu berücksichtigen. Redner erklärt die Forcierung auf Einhaltung bestehender Kollektivverträge für durchaus gerechtfertigt, doch sei es unrichtig, wenn verlangt wird, dass öffentliche Aufträge nur an solche Firmen ^{bei Auswahl} erteilt werden, ~~damit~~ ein Kollektivvertrag besteht. Unzweckmässig und verfehlt und wirtschaftshemmend sei es, auch durch bestimmte Massnahmen den Kapitalsertrag zu verringern. Hier müsse manches Unrecht der Vergangenheit gut gemacht werden.

Rat Rechberger spricht sich gegen die Meinung aus, dass heute nicht genügend Sicherheiten für die wirtschaftliche Kalkulation gegeben seien. Wir haben eine viel zu lange Zeit der uneingeschränkten wirtschaftlichen Freiheit hinter uns, die in der ganzen Welt dazu geführt hat, dass so viele Millionen Menschen brotlos und arbeitslos sind. Es ist nicht gut, wenn man glaubt, wegen der Sicherheit der Kalkulation heute auf einmal von der Feiertagsbezahlung nicht mehr reden zu sollen. Ich bin der Meinung, dass diese Frage, mit einigem guten Willen betrachtet, sicherlich kein solches Mass von Belastung bedeutet, dass die wirtschaftliche Kalkulation dadurch erschüttert werden sollte. Redner spricht sodann von der rücksichtslosen Rationalisierung und hält die Behauptung für berechtigt, dass mehr Sympathie und Verständnis für die Einstellung der menschlichen Arbeitskräfte in den Betrieben aufgewendet werden sollen. Für den Handel gibt es keine andere Rettung, als dass wieder die menschliche Arbeitskraft in den Produktionsprozess eingeschaltet werde. Schliesslich spricht sich Redner für die allgemeine Einführung der Kollektivverträge aus, denn die Sicherheit des Lohnempfanges verbürgt auch die Sicherheit des Konsums.

Rat Ing. Dommer befasst sich mit Problemen der Wirtschaft, die das primäre ist. Wenn wir in Oesterreich die wirtschaftlichen Fragen lösen ~~oder~~ bessern können, so werden wir auch in allen anderen, so auch in innerpolitischen Fragen, Vorteile haben. Dies gilt vor allem in Bezug auf die Arbeiterschaft, die in erster Linie eine Sicherung ihrer Existenz, d.h. Arbeit und Verdienst erwartet. Unsere grosse Sorge und Aufgabe muss es sein, hier zu helfen und Arbeit zu schaffen. Wir müssen alles vermeiden, was der Wirtschaft unnütze Belastungen ~~oder~~ Erschwerungen bringen würde, da hiedurch nur die Arbeitslosigkeit steigen müsste. Was dem Arbeiter rechtmässig zukommt, muss ihm gegeben werden, da, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, Oesterreich der sozialste Staat bleiben will. Zur Frage der Rationalisierung erklärt der Redner namens der österreichischen Industrie, dass diese nicht daran denke, nur auch blinder Profitgier ^{wegen} zu rationalisieren oder nur um die Arbeiter auszubeuten, sondern es handle sich darum, rückständiger Verhältnisse im Maschinen, Einrichtungen und Organisationsfragen zu bessern, um die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie ~~na~~ dadurch auch die Sicherung der Arbeitsplätze zu erhalten. Schliesslich befasst sich der Redner mit der Feiertagsfrage vom Gesichtspunkte der Bezahlung, den Kollektivverträgen und der Lehrlings- und Jugendfrage.

Die Sitzung dauert fort.

Nächster Bericht morgen, Samstag.
